

CSU will bessere Integration



Bayerns

Sozialministerin Christine Haderthauer will bei der deutschen Restbevölkerung punkten und hat eine härtere Gangart gegen Integrationsverweigerer gefordert, während die sich im Höhenflug befindenden Grünen die Erhöhung der Migrantenquote im Öffentlichen Dienst um das Zehnfache wollen. Damit soll wohl die Integration verbessert werden. Natürlich soll der Steuerzahler dafür aufkommen.

Na, offenbar wollen die Leute das ja so, sonst hätten die Grünen trotz Claudia Roth und Renate Künast wohl kaum so viel Zuspruch.

HNA berichtet:

Die Integrations-Debatte nimmt weiter Fahrt auf: Während die Grünen eine feste Migrantenquote für den öffentlichen Dienst wollen, fordert Bayerns Sozialministerin Haderthauer eine härtere Gangart gegen Integrationsverweigerer.

Bayerns Sozialministerin Christine Haderthauer (CSU) hat eine härtere Gangart gegen Integrationsverweigerer gefordert. "Die Eingliederungsvereinbarungen in den Jobcentern müssen in Zukunft die ganze Familie umfassen", sagte Haderthauer der "Passauer Neue Presse" (Donnerstagsausgabe). Die Verpflichtung, Deutsch zu lernen, müsse für jedes volljährige

Mitglied einer Bedarfsgemeinschaft gelten. "Wird das Erlernen nicht in angemessener Zeit nachgewiesen, gibt es Leistungskürzungen. Der Bund solle endlich die Mittel für die entsprechenden Sprachkurse für Erwachsene erhöhen.

„Wer bei uns leben will, muss auch unsere Sprache sprechen. Diesen Anspruch müssen Politik und Gesellschaft deutlich und ausnahmslos formulieren“, sagte Haderthauer. Deutsch sei "Bürgerpflicht", Integration die zentrale Zukunftsfrage. Menschen mit Migrationshintergrund müssten "sofort und nachhaltig" Deutsch lernen: "Der Bund muss beim nächsten Integrationsgipfel sehr konkret werden, sonst wird es weiterhin ein Akzeptanzproblem in unserer Gesellschaft für diese Veranstaltung geben."

In der aktuellen Integrationsdebatte haben die Grünen im Bundestag eine feste Migrantenquote für den öffentlichen Dienst gefordert. Die Zahl der Mitarbeiter aus Zuwandererfamilien solle so innerhalb von fünf Jahren verzehnfacht werden, sagte der integrationspolitische Sprecher der Grünen-Fraktion, Memet Kilic, der "Neuen Osnabrücker Zeitung" (Donnerstagsausgabe). "Jeder zehnte Beschäftigte im öffentlichen Dienst sollte aus einer Zuwandererfamilie kommen. Es ist bei gutem Willen realistisch, diese Quote in Bundes-, Landes- und kommunalen Verwaltungen bis zum Jahr 2015 zu erreichen." Nach seinen Angaben beträgt der Anteil der Zuwanderer im öffentlichen Dienst gegenwärtig im Bundesschnitt nur rund ein Prozent.

„Dabei hat schon heute jeder Fünfte in Deutschland einen Migrationshintergrund“, betonte der Integrationsexperte. Diese Menschen fühlten sich abgehängt, wenn sie sich im Staat nicht vertreten sähen. "Besonders Jobs wie Lehrer, Polizisten, Feuerwehrleute oder Richter müssen verstärkt mit Zuwanderern besetzt werden, die als Vorbilder und Brückenbauer für junge Migranten dienen." Mit einer Quote würde sich der Staat endlich ein "nachprüfbares Etappenziel" auf dem Weg zu besserer Integration von Zuwanderern setzen,

betonte Kilic.“

Warum ein perfekt integrierter Mensch sich „abgehängt“ fühlt, wenn er keine Extravertretung und keine feste Quote hat, erschließt sich uns jetzt nicht. Warum der Steuerzahler dafür aufkommen soll, dass Zuwanderer deutsch lernen, während gleichzeitig Vertretungslehrer fehlen und die Straßen verrotten, allerdings auch nicht.